

## Rede des CDU Fraktionsvorsitzenden Andre Laigre zum Haushalt 2025

18. Dezember 2024 - es gilt das gesprochene Wort -

---

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bernsmann, lieber Jürgen,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland erlebt seit zwei Jahren eine Rezession. Die SPD-geführte Bundesregierung hat massive Unsicherheit und Unmut ausgelöst. Viele Bürgerinnen und Bürger sind in Sorge um ihren eigenen Arbeitsplatz oder den ihrer Angehörigen, Freunde oder Bekannten. Es trifft die großen Industrieunternehmen, aber auch der Mittelstand: die Wirtschaft steht unter massivem Druck.

Die jüngsten Konjunkturberichte weisen für Nordrhein-Westfalen zwar ein leichtes Wachstum für 2025 auf – die Wirtschaft entwickelt sich in Nordrhein-Westfalen somit besser als im Bund, nichtsdestotrotz spüren wir die schlechte wirtschaftliche Lage auch hier im Kreis Borken und vor Ort. Die Steuereinnahmen sind rückläufig und die Umlagen von Kreis und LWL steigen an. Konkret bedeutet das, dass die Lage der Haushalte in den Kommunen angespannt ist, wie seit Jahren nicht mehr. Wie handlungsfähig eine Stadt ist, ist vor allem eine finanzielle Frage. War in den letzten Jahren nahezu kein Spielraum vorhanden, um neben den Pflichtaufgaben auch freiwillige Maßnahmen umzusetzen, zeigt das Defizit von 6 Mio. € im Haushalt für das kommende Jahr, dass wir die Grenze der Handlungsfähigkeit erreicht haben. Unsere eindringliche Forderung ist, die Handlungsfähigkeit der Kommunen muss sichergestellt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Rahmenbedingungen für die Aufstellung des Haushaltes bleiben auch für das Jahr 2025 sehr herausfordernd:

Die aktuelle Steuerschätzung hat ergeben, dass Bund, Länder und Kommunen bis 2028 voraussichtlich mit rund 58 Milliarden Euro weniger auskommen müssen. Für das erste Halbjahr 2024 wird bereits ein kommunales Finanzierungsdefizit von 17,3 Milliarden Euro durch das statistische Bundesamt genannt. Das Defizit ist damit gegenüber dem 1. Halbjahr 2023 weitergewachsen. Damals hatte das Defizit 7,3 Milliarden Euro betragen.

Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen im Bund und im Land, weil die Wirtschaft weiter unter den Folgen weltweiter Krisen leidet. Zudem belasten gestiegene Preise und Zinsen und steigende Personalausgaben aufgrund hoher Tarifabschlüsse den kommunalen Haushalt. Neben diesen Belastungen kommen dann allerdings politische Entscheidungen auf Bundesebene hinzu, die einen erheblichen Teil dazu beitragen, dass wir eine so angespannte Lage haben.

Ich möchte drei Beispiele für Entscheidungen auf Bundesebene nennen, die für unseren Haushalt eine zusätzliche und nicht unerhebliche Belastung darstellen:

Erstens: Die finanziellen Hilfen, die der Bund den Kommunen für die Kosten von Flucht und Migration leistet, werden der Lage vor Ort nicht im Ansatz gerecht. Allein der Bund hat die Möglichkeit, Migration zu steuern und die Kommunen mit den notwendigen Finanzen auszustatten. Die Kommunen stehen vor der Herausforderung die Menschen, die zu uns kommen, unterzubringen, zu versorgen und zu integrieren. Die Belastungsgrenzen vor Ort sind erreicht, vielfach sogar überschritten. Die Kommunen werden finanziell über die Gebühr belastet – und vom Bund im Stich gelassen.

Zweitens: Die Umsetzung des – gut gemeinten – Rechtsanspruchs auf eine Betreuung im Offenen Ganztage bis 2026 erfordert von der kommunalen Familie eine große Kraftanstrengung. Es war der Bund, der den Rechtsanspruch eingeführt hat. Damit steht er auch in der Pflicht, sich bei der Realisierung angemessen und verlässlich zu beteiligen. Die Realität sieht allerdings anders aus.

Drittens: Der Bund hat auch festgelegt, dass alle Kommunen in Deutschland bis Mitte 2028 eine kommunale Wärmeplanung haben müssen, Großstädte sogar bis Mitte 2026. Das ist mit Blick auf die Klimaziele Deutschlands nachvollziehbar. Aber diese Verpflichtung bedeutet für die Kommunen einen großen zusätzlichen Planungsaufwand, für den sie vom Bund Unterstützung bekommen sollten.

Diese Beispiele zeigen: Wir müssen dem Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ wieder Geltung verschaffen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die von mir angesprochene angespannte Lage spiegelt sich auch in unserem städtischen Haushalt wider. Das Jahresergebnis von minus 6,0 Mio. € kann nur unter Anwendung eines „globalen Minderaufwands“ erreicht werden. Ob dieser Minderaufwand, sprich ob die Kosteneinsparung in Höhe von 1,1 Mio. Euro im laufenden Jahr realisiert werden kann, ist fraglich.

Schauen wir uns die Entwicklung der Gewerbesteuer in Rhede an. Nach Rekordjahren im Jahr 2022 und 2023 von jeweils 15 Mio. Euro bzw. 15,5 Mio. Euro zeichnet sich auch hier ein negativer Trend ab. Für dieses Jahr wird nur noch ein Aufkommen von 12,5 Mio. Euro erwartet, oder anders gesagt, ein Minus von 3 Mio. Euro. Geld was uns hier vor Ort fehlt! Auch hier zeigt sich, welche negativen Auswirkungen die schlechte Wirtschafts- und Energiepolitik der Ampel auf unsere Stadt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem vorherigen Tagesordnungspunkt haben wir die Hebesatzsatzung zur Grundsteuer verabschiedet. Hier möchte ich nochmals lobend erwähnen, dass Verwaltung und alle vier Fraktionen gemeinsam konstruktiv nach einer Lösung gesucht und diese auch gefunden haben, um die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten. Im Einzelfall kann es zu einer Mehrbelastung kommen, doch es ist festzuhalten, dass durch die Reform keine Mehreinnahmen, also keine „versteckte“ Steuererhöhung für den städtischen Haushalt vorgenommen wird. Es bleibt bei einer Aufkommensneutralität. Wie dem BBV am 9. Dezember zu entnehmen war, haben sich nur 19 Prozent der Städte in NRW für einen differenzierten Hebesatz und damit für eine Entlastung von Wohngrundstücken entschieden. - Rhede gehört zu den diesen Kommunen!

Im Rahmen der Haushaltsberatung gab es jeweils einen Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen. Hierzu möchte ich einige Ausführungen machen.

Der Antrag der Grünen zur Maßnahme „Schloßstraße / Münsterstraße – Anlegung Minikreisel“ auf Änderung zu einem „Berliner Kissen“ ließ aufhorchen. Im Rahmen der politischen Beratungen zum Mobilitätskonzept im Sommer 2023 gab es – insbesondere von den Grünen – heftigste Kritik, dass wir als CDU-Fraktion die Prioritäten zum Teil verändern wollten. Es war damals schon abzusehen, dass die finanziellen und personellen Ressourcen der Stadt es nicht ermöglichen, alle Maßnahmen aus dem Konzept mit erhöhter Priorität umzusetzen. Es ist zu begrüßen, dass nun mit einjähriger Verspätung die Kolleginnen und Kollegen auch in der Realität der Wirklichkeit angekommen sind, so wie es der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck immer zusagen pflegt. Wir als Fraktion stehen zum beschlossenen Konzept. Insbesondere da bei jeder Einzelmaßnahme eine politische Beratung vorgeschaltet ist und

die Umsetzung gesamtheitlich mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) gesehen werden muss.

Beim Antrag der SPD-Fraktion zum Abbau einer Vollzeitstelle in der Fachabteilung „Marketing und Logistik“ musste sich manch einer die Augen reiben. Zeitgleich zur Veranstaltung „Rheder Innenstadt im Wandel“ wurde dieser Antrag eingereicht. Am gleichen Abend wurde explizit darauf hingewiesen, wie wichtig die verschiedensten Veranstaltungen für die Rheder Innenstadt sind und dass es ruhig mehr Angebote geben dürfte. Wenn ein solcher Antrag gestellt wird und seriös sein soll, ist neben dem reinen Vorschlag irgendwann Personal abbauen zu wollen, ganz konkret ein Datum und Ross und Reiter zu nennen. Bedeutet, welche Leistung bzw. Veranstaltungen man in Rhede nicht mehr anbieten möchte. An dieser Stelle sei gesagt, dass gerade die Bürgerinnen und Bürger vor Ort „den Laden“ am Laufen halten, wie man umgangssprachlich so schön sagt. Daher halte ich es für zwingend geboten, dass Rhede auch weiterhin lebenswert bleibt, und ein Baustein sind nun mal die Veranstaltungen. Folglich war es nur richtig, den Antrag abzulehnen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung befassen wir uns mit dem Ausbau der Windenergie auf dem Stadtgebiet. Die Energiesicherheit verbunden mit dem Klimaschutz wird eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren für unser Land sein. In diesen Tagen erleben wir, dass die Energiewende konkret in den Kommunen vor Ort zu erfolgen hat und somit jede Stadt ihren Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele beiträgt. Um die Bürgerinnen und Bürger nicht zu überfordern, ist es wichtig, die zum Teil ideologischen Zielvorgaben an die Wirklichkeit anzupassen. Wir als CDU-Fraktion bekennen uns zum Klimaschutz. Dazu zählt auch, dass wir den Ausbau der Windenergie in Rhede unterstützen. Neben dem Bau von Windkraftanlagen ist es zwingend erforderlich, dass auch der Ausbau der Netze und Stromtrassen erfolgt, um den erzeugten Strom nutzen zu können. Die Bedenken der direkten Anwohner können wir verstehen, allerdings haben wir auch gesamtheitlich eine Verantwortung zu tragen. Das bedeutet, dass die Energiewende auch in der eigenen Stadt vor Ort stattfindet.

Gerne möchte ich auch auf die Förderpolitik eingehen. Aktuell gibt es über 800 Förderprogramme für die Kommunen. Man könnte meinen, wie schön, es gibt Geld im Überfluss. Leider ist dem aber nicht so. Die große Zahl zeigt viel mehr, dass man schnell den Überblick verlieren kann und wie die „oberen Ebenen“ bewusst in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen. Es sei gesagt, dass Förderprogramme eine gute Sache sind, aber es sollte nicht so sein, dass Maßnahmen einen Zuschnitt erfahren, nur um förderfähig zu sein. Hier wäre eine generelle Zuweisung von finanziellen Mitteln zur freien Verfügung an die Städte sicherlich besser geeignet. Vor Ort weiß man besser, wo das Geld am dringendsten benötigt wird. Zudem könnten der Verwaltungsaufwand und die Kosten für die notwendigen Konzepte und Gutachten reduziert werden.

In der letzten Woche haben wir die „Fortschreibung der Digitalen Strategie der Stadt Rhede“ beschlossen. Aus unserer Sicht ist die Digitalisierung elementar wichtig. Darüber hinaus sehen wir auch die KI als riesiges Potential. Im Rahmen der weitervoran schreitenden Digitalisierung und der ständigen Prüfung von Prozessen muss die Effizienz weiter gesteigert werden. Dies wird langfristig zu geringen Personalaufwendungen führen. Die freigewordenen Ressourcen können dann wieder anderweitig eingesetzt werden und somit einen Teil zur Kompensation zum Fachkräftemangel beitragen. Seitens der Stadtverwaltung würde ich mir wünschen, dass man die digitalen Bürgerdienste besser bewirbt und noch schneller weiter vorantreibt. Auf Vorschlag unserer Fraktion wird es nun halbjährlich einen Bericht zum Projektfortschritt geben, um sicherzustellen, dass die „nötige Fahrt“ aufgenommen wird. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass für Personen, die nicht die Möglichkeit haben, digital den Bürgerservice in Anspruch zu nehmen, selbstverständlich das Bürgerbüro als Anlaufstelle weitergeben soll.

In der Ratssitzung im September haben wir das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) verabschiedet. Dies bildet die Grundlage für Städtebaufördermittel. Bei diesem Konzept geht es konkret um die Weiterentwicklung unserer Innenstadt. Das Programm sieht Investitionen im Zeitraum von 2025-2028 von 12,5 Mio. Euro vor. Davon entfällt ein Eigenanteil in Höhe von 7,5 Mio. Euro auf die Stadt. Diese Investitionen sind im aktuellen Haushaltsentwurf noch nicht in der Finanzplanung berücksichtigt. Wir halten die dort festgelegten Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität für dringend erforderlich und hoffen, trotz der eintrübenden finanziellen Entwicklung, dass diese Maßnahmen in der gewünschten Qualität auch umgesetzt werden können. Wenn es um das Thema Umsetzung geht, haben viele Bürgerinnen und Bürger sicherlich den Wunsch, dass nun auch der Radschnellweg umgesetzt wird, nachdem nun die erneute Machbarkeitsstudie vorliegt.

Auch in den kommenden Jahren kommen viele Aufgaben und Investitionen auf die Stadt zu. Fertigstellung des Medizin- und Apothekenmuseums und der Außenanlagen der Gesa, Neubau der Overberg Grundschule, sowie Ausbau der Infrastruktur zum Ganztags an der Pius Grundschule. Der Bau eines neuen Kindergartens im Investorenmodell. Der Neubau von 2 Feuerwehrgerätehäusern, Umbau der Friedhofshalle, Fertigstellung Umbau Kläranlage. Hinzu kommen verschiedenste Maßnahmen im Straßenbau. Schauen wir uns die Auflistung an, so wird deutlich, dass trotz angespannter finanzieller Haushaltslage wir viel Geld in die Hand nehmen werden und müssen, um eine gute Infrastruktur in Rhede aufrechtzuerhalten. Auch wenn all die großen Maßnahmen kreditfinanziert sind, ist dies richtig. Hier geht es um Kredite für investive Maßnahmen für die Zukunft unserer Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

nun gilt es nach den Beratungen der letzten Wochen den Haushaltsentwurf 2025 formal zu beschließen. Die Aufstellung ist jedes Jahr eine Herausforderung und angesichts der angespannten Finanzlage sicher keine einfache. An dieser Stelle möchte ich mich bei dem Kämmerer, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die zur Erstellung des Haushaltsplans beigetragen haben. Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2025 zustimmen!

Abschließend möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern, den Kolleginnen und Kollegen im Rat, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute, insbesondere Gesundheit für das kommende Jahr 2025 wünschen.